

Viele Politiker leiden unter der aggressiven Stimmung in den sozialen Netzwerken – und bleiben trotzdem dort angemeldet. Sie müssten nicht. Der Grüne Robert Habeck etwa verließ Anfang des Jahres Twitter und Facebook; es hat ihm und seiner Partei nicht geschadet, soviel man weiß. Doch Hunderte anderer Politiker nehmen weiter in Kauf, angefeindet zu werden, bloß um dabei zu sein. Viele von ihnen haben zwar schon darüber nachgedacht, sich aus mindestens einem Netzwerk zurückzuziehen – bleiben aber.

Wie und warum sie das tun, beleuchtet eine neue Studie. Die Agentur Dirk Metz Kommunikation hat in einer Online-Untersuchung 216 Bundestags- und Landtagsabgeordnete befragt – sowohl dazu, wie sie die sozialen Netzwerke nutzen, als auch zum Debattenklima dort. Die Teilnehmer entstammen allen Parteien, es sind alte und junge dabei, Männer und Frauen; die Mischung entspricht ungefähr der Zusammensetzung der Parlamente im Bund-Länder-Schnitt. Fast alle Teilnehmer sind in den sozialen Netzwerken aktiv; und fast alle auch oder sogar ausschließlich dienstlich. Sie suchen den Kontakt zu den Bürgern. Freude kommt da allerdings nicht auf: Der Umgangston schlägt den Politikern aufs Gemüt. Nicht einmal fünf Prozent von ihnen beschreiben das Diskussionsklima in den Netzwerken als „positiv“ oder sogar „sehr positiv“. Mehr als die Hälfte empfindet es dagegen als „negativ“ oder „sehr negativ“. Das ist, als träten sie jeden Tag wieder in einem Saal auf, von dem sie schon wissen, dass sie dort mit Eiern beworfen werden.

Es muss den Abgeordneten also wirklich wichtig sein, trotzdem aufzutreten.

## Anspucken aus Prinzip

Die meisten Abgeordneten sind in sozialen Netzwerken aktiv. Eine Studie zeigt, wie es ihnen dort ergeht. Ein Sonderfall sind Politiker der SPD.

Von Friederike Haupt



Foto: dpa

Fast alle Befragten sind auf Facebook aktiv. Deutlich weniger bespielen zusätzlich Twitter oder Instagram; diese Netzwerke werden von knapp sechzig Prozent der Befragten genutzt. Die Politiker verbringen allerdings weniger Zeit in den Netzwerken als Otto-Normal-User, nämlich zwischen fünfzehn Minuten und einer Stunde. Besonders aktiv sind Politiker der AfD; vierzig Prozent der Befragten investieren mehr als eine Stunde täglich. Der Aufwand lohnt sich für sie eher als für die anderen, denn ihre Anhänger sind in den Netzwerken überdurchschnittlich aktiv. So hat die Facebook-Seite der AfD aktuell mehr als 450 000 Likes; da kommt keine andere deutsche Partei auch nur ansatzweise heran. Auf Platz zwei schafft es die Linke mit gut 250 000 Likes; erstaunlicherweise geben sich gerade deren Abgeordnete in der Studie netzwerkskeptischer als alle anderen. Danach gefragt, welche Rolle die Netzwerke bei der Kommunikation mit dem Bürger spielen, sagt fast ein Drittel von ihnen, „eine untergeordnete“. Von der AfD sagt das keiner.

Ob Skeptiker oder glühender Fan: Die Mehrheit aller Befragten schätzt ihre Social-Media-Kompetenz als gut bis sehr gut ein, viele weitere finden sich immerhin durchschnittlich kompetent. Nur fünf Prozent glauben, sie seien nicht so fit. Aber wie gut man etwas zu können glaubt, hängt auch damit zusammen, woran man seinen Erfolg misst. Die befragten Politiker wollen in den sozialen Netzwerken Dinge erreichen, für die sie eigentlich gar keine sozialen Netzwerke brauchen: nämlich über ihre Aktivitäten und Ansichten informieren. Das geht ja auch im direkten Gespräch, mit Vorträgen, Zeitungsinterviews, Postwurfsen-

dungen, Pressemitteilungen, dem Parteiprogramm, auf der eigenen Internetseite oder in Talkshows.

Während die Netzwerke Nutzer verknüpfen, wollen viele Politiker ihre Mitteilungen wie Flugblätter abwerfen. Nicht mal die Hälfte der Befragten, die über ihre Aktivitäten informieren wollen, möchten in den Netzwerken auch erfahren, was die Bürger in ihrem Wahlkreis beschäftigt. Noch weniger, 35 Prozent, wollen eine politische Diskussion anregen. Offen bleibt unterdessen, welche Rolle der Wunsch der Politiker spielt, die Berichterstattung der Medien zu beeinflussen. Diese Möglichkeit war etwa Robert Habeck am Twittern verlockend erschienen, wie er nach seinem Abschied von dort sagte. Dieser Aspekt spielt in der Studie keine Rolle; er war nicht in der Liste aufgeführt, aus der die Politiker die Gründe für ihr Netzwerken auswählen konnten.

Auffällig ist, dass weibliche Politiker sich in den Netzwerken anders verhalten als männliche. Fast dreimal so viele Männer wie Frauen beschreiben sich als „diskussionsfreudig“. Und während keine einzige Teilnehmerin ihren Auftritt „provokativ“ findet, gefallen sich mehr als zwölf Prozent der Männer im Provokieren. Dafür halten sich deutlich mehr Frauen als Männer für zurückhaltend.

Aber egal, ob Mann oder Frau, angepöbelt wurde schon beinahe jeder Politiker in den Netzwerken. Fast ein Viertel der befragten Abgeordneten sagt sogar, sie erlebten viele oder sehr viele Anfeindungen. Am stärksten betroffen sind Politiker der Parteien ganz links und rechts: Mehr als die Hälfte der AfD-Politiker sieht sich vielen Attacken ausgesetzt, bei den Linken ist es knapp die Hälfte. Be-

sonders wenig Grund zum Klagen sehen SPD-Abgeordnete: Von ihnen melden nur achteinhalb Prozent viele Anfeindungen. Liegt das nun daran, dass die SPD den Leuten inzwischen so egal ist, dass sich niemand mehr an ihr abarbeiten will? Oder ist sie einfach das Gegenteil von extrem und bietet darum wenig Reibungsfläche? Oder sind am Ende ihre Abgeordneten besonders tapfer und empfinden das, was andere für Anfeindungen halten, als arbeitermäßig ehrlich vorgetragene Kritik?

Danach haben die Autoren der Studie, Dirk und Manon Metz, nicht gefragt; wohl aber danach, was die Abgeordneten vom Rückzug Robert Habecks aus den Netzwerken halten. Viele sagen, das interessiere sie nicht, ebenso viele finden es nicht gut. Warum, bleibt offen. Immerhin ein Fünftel der Befragten bewertet Habecks Schritt positiv. Jeder Dritte sagt, er habe auch schon darüber nachgedacht, sich aus einem oder mehreren Netzwerken zu verabschieden. Warum? Die Top-Antwort: Das Klima ist zu angespannt.

Was das bedeutet, kann man etwa unter den Tweets des CDU-Europaabgeordneten Axel Voss nachlesen, der Hassfigur der Gegner der Urheberrechtsreform. So twitterte Voss etwa an Rosenmontag: „Ganz viel Freude & Kamelle auf den Zügen in der Region“. Nutzer antworteten ihm mit: „Ich kann meinen Hass vor ihnen kaum verbergen sie sind ein äußerst hinterhältiger und böser Mensch“. Oder: „Glauben sie mir, wenn sie dort wären, würde man sie allein schon aus Prinzip anspucken.“

Oder: „Penner“. Oder: „Hoffentlich werden Sie nie wieder Freude in ihrem Leben haben.“)